

DÉCROISSANCE BERN

DIE BEWEGUNG IN BERN

CHRISTA AMMANN. AN DER TOUR DE LORRAINE IM JANUAR 2010 WAR DIE DÉCROISSANCE ZUM ERSTEN MAL IN DER DEUTSCHSCHWEIZ VERTRETEN. DIE BEWEGUNG, IN FRANKREICH ENTSTANDEN UND STARK VON FRANZÖSISCHEN AUTORINNEN UND AUTOREN GEPRÄGT, IST VOR EINIGEN JAHREN AUCH IN DER WESTSCHWEIZ AKTIV GEWORDEN. DER SCHRITT ÜBER DIE SPRACHGRENZE WAR BISHER NICHT GESCHEHEN.

In Bern stiessen die Ideen zur Wachstumsrücknahme auf offene Ohren. Das Echo war so gross, dass bald darauf zu einem Treffen aufgerufen wurde, mit dem Ziel, eine Décroissance-Gruppe mit Standort Bern zu gründen. Schliesslich fanden wir uns im März 2010 in der Brasserie Lorraine zusammen, Menschen aus drei Generationen; einige, um mehr über die Grundsätze der Décroissance zu erfahren; andere schon sicher, dass sie sich in der Bewegung engagieren möchten. Die ersten Diskussionen drehten sich um die Strukturen und die Ausrichtung der entstehenden Gruppe. Bald war klar, dass nur eine basisdemokratische Organisationsform in Frage kam, eine Gruppe ohne Hierarchien, in der Entscheidungen per Konsens gefällt werden. Was die Ausrichtung betrifft, so gingen die Meinungen schon weiter auseinander. Es gibt grund-

sätzlich drei Handlungsebenen, die unterschiedlich gewichtet werden können. Einige wollen sich auf das Individuum und dessen Lebensführung konzentrieren, andere den Fokus auf gesellschaftliche Mechanismen legen, und wieder andere wollen vor allem auf der politischen Ebene Einfluss nehmen. Da wir aber alle die gleichen Ziele verfolgen und die Gruppe einen offenen Charakter haben soll, sehen wir in der Verschiedenheit der Ansätze keinen Widerspruch, sondern eine Chance. So entwarfen wir ein Konzept einer basisorientierten und offenen Bewegung, die in Vollversammlungen und Arbeitsgruppen gegliedert ist. In den einmal im Monat stattfindenden Vollversammlungen werden Aktualitäten aufgegriffen; die Arbeitsgruppen informieren über den aktuellen Stand ihrer Arbeit und können offene Fragen zur Diskussion stellen. Ebenfalls können neue Ideen für weitere Gruppen eingebracht und auch gleich realisiert werden, wenn sie Anklang finden. Personen, welche sich in bestehende Gruppen einbringen wollen, können dies jederzeit tun.

Die Arbeit in der Berner Gruppe hat in den paar Monaten seit dem ersten Treffen schon einige Früchte getragen. Am Klimacamp in Gals wurden zwei Workshops angeboten, einer zum Thema «Fleischproduktion und Klima» und einer zum Thema «Was ist Dé-

croissance?». Das Café Décroissance im Polit-Forum Käfigturm in Bern ist im September mit einer ersten Vortragsreihe gestartet. Für das Jahr 2011 ist eine nächste Reihe geplant. Auf unserer Webseite machen wir laufend neue Artikel zugänglich und informieren über aktuelle Veranstaltungen rund um das Thema Décroissance. Verschiedene Arbeitsgruppen erarbeiten unter anderem ein Argumentarium, entwerfen eine Gesamtstrategie für die Gruppe oder setzen sich mit der Frage auseinander, wie Décroissance im Alltag gelebt werden kann.

So können wir stolz auf das letzte halbe Jahr zurückblicken, wir haben in der kurzen Zeitspanne einiges erreicht. Doch wir wissen auch, dass wir am Anfang eines langen Weges stehen und dass uns sehr viel Arbeit erwartet. Dabei ist jede Unterstützung willkommen, auch Ihre, liebe Leserin und lieber Leser. Menschen, die mit uns für Wachstumsrücknahme und Entschleunigung unserer Gesellschaft eintreten wollen oder sich erst einmal ihr eigenes Bild der Gruppe machen möchten, sind an allen Vollversammlungen herzlich willkommen.

Christa Ammann arbeitet als Sozialpädagogin und besucht den Masterstudiengang in Sozialer Arbeit an den Fachhochschulen Bern, Luzern, Zürich und St. Gallen. Sie befasst sich schon seit längerer Zeit mit Themen der Décroissance.

SCHLUSS MIT DEM WACHSTUMSWAHN

WACHSTUMS-ARGUMENTE ZERPFLÜCKT

URS P. GASCHÉ* UND HANSPETER GUGGENBÜHL*. EIN GERAFFTES KAPITEL AUS DEM NEUEN BUCH «SCHLUSS MIT DEM WACHSTUMSWAHN – PLÄDOYER FÜR EINE UMKEHR».

Tagesschau und andere Medien wollen uns weismachen, zwei Prozent Wirtschaftswachstum seien besser als nur eines. Vor den Schlagworten «Wachstum» und «Erhaltung von Arbeitsplätzen» haben die meisten Politiker kapituliert. Konzerne können die Dritte Welt ausnehmen, die Umwelt belasten, unkalkulierbare Risiken eingehen, von Subventionen und vom «Steuerwettbewerb» profitieren: Alles im Namen des Wachstums.

Gleichzeitig wollen dreieinhalb Milliarden Menschen in China, Indien und Afrika so leben wie wir. Das ist auf unserem begrenzten Planeten Erde nur möglich, wenn wir in den Industriestaaten abspecken.

In unserem Buch zeigen wir Wege zur Umkehr auf: Unter anderem fordern wir eine ökologische Steuerreform, das konsequente Durchsetzen des Verursacherprinzips, die Bändigung des Kapitalmarkts und

den Abbau aller Subventionen, welche den Zweck verfolgen, das Wirtschaftswachstum zu fördern.

Doch heute setzen Wirtschaftslobbys alle Hebel für Wachstum in Bewegung, weil sie sich vom Wachstum höhere Umsätze und Gewinne versprechen. Schlagworte und Behauptungen beherrschen die Diskussion. Wir greifen hier einige auf und entgegnen ihnen.

Behauptung: «Ohne Wachstum mehr Arbeitslose»

Je stärker die Wirtschaft wächst, desto weniger Arbeitslose gibt es. Denn ein höheres Wachstum bedeutet mehr Investitionen, und mehr Investitionen brauchen mehr Arbeitskräfte.

Entgegnung

Die Behauptung, dass die Arbeitslosigkeit stark von der Wachstumsrate der Wirtschaft abhängt, lässt sich nicht nachweisen. Denn es gibt Länder, die über eine längere Zeit ein hohes Wirtschaftswachstum erzielen und trotzdem eine hohe Arbeitslosenrate haben. Und es gibt Länder mit niedrigen Wachstumsraten und tiefen Arbeitslosenraten.

Der Wirtschaftsteil der NZZ etwa berichtete 2006 aus der Türkei: «Trotz einem rasanten Wirtschaftswachstum, das mit 7,6 Prozent im vergangenen Jahr nichts zu wünschen übrig liess, nimmt die Arbeitslosigkeit in der Türkei weiter zu. Selbst wenn man die Zahlen über einen längeren Zeitraum ansieht, so zeigt sich, dass die Arbeitslosigkeit zwar langsam, aber doch ständig steigt, obwohl sie wegen des anhaltend starken Wachstums eigentlich sinken sollte.»

Zwischen Wachstumsraten und Arbeitslosigkeit lässt sich statistisch nur eine kurzfristige Wechselwirkung nachweisen: Sinkt die Wachstumsrate rasch, so kommt es etwas zeitverschoben zu mehr Arbeitslosen. Steigt die Wachstumsrate rasch, so kann ebenfalls zeitverschoben die Arbeitslosigkeit sinken. Doch die Wachstumsraten der letzten Jahrzehnte vermochten das langfristige Niveau der Arbeitslosigkeit nicht zu senken. Im Gegenteil: Seit 1970 ist die Arbeitslosigkeit in den Industriestaaten – bei jährlichen Schwankungen – gestiegen. Gründe: Die Zahl der Erwerbstätigen sowie die Arbeitsproduktivität haben zugenommen.

Fazit: Unfreiwillige Arbeitslosigkeit muss mit andern Mitteln als mit Wachstum bekämpft werden.

Behauptung: «Kürzere Arbeitszeit schafft mehr Arbeitslose»

Gerhard Schwarz, neuer Direktor der Wirtschaft bezahlten «Avenir Suisse», wiederholt das Mantra schon seit 1993: «Selbst wenn die Arbeitszeitverkürzung mit Lohninbussen gepaart wäre, könnte sie zur Lösung des Arbeitslosenproblems nichts beitragen. [...] Eine solche Milchmädchenrechnung zeugt von einer kurzsichtigen Denkweise.» Falls weniger gearbeitet und konsumiert wird, werde auch weniger investiert, und so gingen Arbeitsplätze verloren.

Entgegnung

Ein Zusammenhang zwischen Arbeitszeiten und Arbeitslosigkeit lässt sich nicht belegen. In den Niederlanden etwa oder in Norwegen ist die Arbeitslosigkeit trotz viel kürzeren Arbeitszeiten viel geringer als in den meisten andern EU-Ländern. Die Arbeitszeit spielt für das langfristige Niveau der Arbeitslosigkeit eine untergeordnete Rolle. Andere Faktoren wie die Sozial- und Steuerpolitik, die Tradition der Berufslehren oder die Förderung der Teilzeitarbeit haben einen grösseren Einfluss.

In früheren Zeiten haben die Industriestaaten auf Druck der Gewerkschaften die Produktivitätsfortschritte für beides verwendet: sowohl für ein höheres Einkommen als auch für kürzere Arbeitszeiten. Es wäre heute unvorstellbar, dass alle Angestellten von Montag bis Samstag sechzig Stunden arbeiten, wie das Anfang des 20. Jahrhunderts noch der Fall war.

Wir plädieren nicht für weitere starre Arbeitszeitverkürzungen. Denn fremdbestimmtes Arbeiten und Arbeitszeit-Diktate, so zeigen Studien, gefährden die psychische Gesundheit und erhöhen die Krankheitskosten. Deshalb sollen die Beschäftigten innerhalb von Normen, welche Ausbeutung, Unfälle und Berufskrankheiten verhindern, selber wählen können. Sie sollen selbst entscheiden, in welcher Lebensphase sie mehr Stunden erwerbstätig sein möchten und in welcher sie weniger lang arbeiten möchten. Oder ob sie einen Arbeitsplatz teilen, in einem Jahr doppelt so lange Ferien nehmen oder sogar ein ganzes Jahr aussetzen wollen. Gesetzliche Anreize, die heute höhere Arbeitszeiten belohnen, müssen verändert werden und die Wahl für kürzere Arbeitszeiten erleichtern.

Behauptung: «Mit Wachstum die Armut bekämpfen»

Dem Wirtschaftswachstum ist es zu verdanken, dass die Zahl der Armen oder Hungernden zurückgegangen ist. In der Schweiz können sich die wirtschaftlich Schwachen heute mehr Dinge leisten als früher. Und in den Entwicklungsländern gibt es heute viel weniger Menschen als früher, die mit nur einem oder zwei Dollar pro Tag auskommen müssen. Das zeigen Zahlen der Weltbank.

Entgegnung

Die Einkommen der Armen sind viel weniger gestiegen als die Einkommen der Reichen. In einigen Staaten ist die Kaufkraft der untersten zehn Prozent Einkommensbezüger sogar gesunken.

Wassily Leontief, Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, hatte 1977

prognostiziert, die Kluft zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern werde sich bis zum Jahr 2000 halbieren, sofern die Weltwirtschaft und die einzelnen Volkswirtschaften kräftig wachsen. Am Wirtschaftswachstum hat es nicht gefehlt, aber die Kluft hat sich insgesamt vergrössert.

Schlimmer noch: In den Entwicklungsländern hat die Wachstumspolitik einem grossen Teil der Ärmsten die Grundlagen zur Selbstversorgung zerstört. Früher brauchten die Ärmsten kaum Geld, um ihre existenziellen Bedürfnisse zu befriedigen. Die Dorfgemeinschaften bauten ihre Behausungen selber, hatten noch genügend Grundwasser und bessere Böden, trieben Tauschhandel und ernährten sich weitgehend selber. Heute brauchen sie als ausgebeutete Landarbeiter auf Monokulturen oder als Landflüchtlinge in den Slums der Grossstädte viel mehr Geld zum Überleben. Die häufig zitierte Weltbank-Statistik, wonach heute weniger Menschen mit weniger als zwei oder einem Dollar Einkommen pro Tag auskommen müssen als vor zwanzig Jahren, ist unbrauchbar als Beweis, dass es heute weniger Menschen im Elend gibt.

Behauptung: «Ohne Verschuldung kein Sozialstaat»

Der Staat muss die nötigen Mittel haben, um für den sozialen Ausgleich zu sorgen, auch wenn er sich dafür verschuldet. Darum darf der Staat seine Schulden nicht auf Kosten der sozial Schwachen abbauen.

Entgegnung

Es steht ausser Frage, dass Sozialleistungen den Bedürftigen eine ausreichende Existenzgrundlage sichern müssen. Beim Abbau der Subventionen haben wir nicht die Sozialleistungen im Visier, sondern die vielen Ausgabenposten, die zum Ziel haben, das Wirtschaftswachstum insgesamt anzukurbeln oder die Umsätze von einzelnen Branchen zu steigern. Dazu gehören die Subventionen für den Verkehr ebenso wie die Steuergeschenke an Reiche. Wenn die in unserem Buch skizzierten Alternativen schrittweise umgesetzt werden, wird das Niveau der Arbeitslosigkeit sinken, und die Kluft zwischen Reich und Arm wird automatisch kleiner statt wie bisher grösser.

Behauptung: «Es braucht Wachstum für die Renten»

Gebhard Kirchgässner, Professor für Volkswirtschaft an der Universität St. Gallen, sagt: «Ein stärkeres Wachstum ist nötig, um die Sozialversicherungen zu finanzieren.» Um die AHV zu finanzieren, braucht es nicht nur mehr Wirtschaftswachstum, sondern auch «höhere Beschäftigung», doppelte die NZZ nach.

SCHLUSS MIT DEM WACHSTUMSWAHN

NULLWACHSTUM OHNE ARBEITSLOSIGKEIT IST MÖGLICH

HELMUT KNOLLE. HISTORISCHE BEISPIELE BEWEISEN, DASS EINE WIRTSCHAFT MIT NULLWACHSTUM UND VOLLBESCHÄFTIGUNG PRINZIPIELL MÖGLICH IST. WENN HEUTE DER ÜBERGANG ZUM NULLWACHSTUM DEN VERLUST VON ARBEITSPLÄTZEN ZUR FOLGE HÄTTE, SO GEHT DIES NUR AUFS KONTO DER STRUKTUR UNSERER WIRTSCHAFT, DIE SICH WÄHREND LANGER ZEIT AN DIE BEDÜRFNISSE DES WIRTSCHAFTSWACHSTUMS ANGEPASST HAT. WENN DIE NOTWENDIGE UMSTRUKTURIERUNG LANGFRISTIG VORBEREITET WÜRD, KÖNNTE DER ÜBERGANG ZUM NULLWACHSTUM OHNE SOZIALE HÄRTEN VERLAUFEN.

Entgegnung

Schon heute leistet die Bevölkerung in der reichen Schweiz mehr Erwerbsarbeit als in den übrigen europäischen Staaten. Die Meinung, wir müssten noch mehr arbeiten und die Wirtschaft müsse noch stärker wachsen als bisher, um die Renten zu finanzieren, stützt sich auf die Prognosen über die «Bevölkerungsentwicklung in der Schweiz von 2000 bis 2060». Laut diesem «Trend-Szenario» sinkt der Anteil der Erwerbstätigen pro rentenberechtigte Person im Alter ab 65 Jahren von heute 3,6 auf 2,2 Erwerbstätige im Jahr 2040. Mit andern Worten: Die Erwerbsbevölkerung müsste mit ihren Abgaben langfristig 40 Prozent mehr Rentnerinnen und Rentner unterstützen als im Jahr 2000.

Dieses Schreckensszenario lässt aber das Wesentliche ausser Acht: Die Erwerbsbevölkerung muss nicht nur Pensionierte unterstützen, sondern auch alle andern Nicht-Erwerbstätigen, insbesondere Kinder und Jugendliche bis zum Ende ihrer Ausbildung. Macht man diesen umfassenden und damit korrekten Vergleich, so schrumpft die viel zitierte «Demografiefalle» bereits um die Hälfte, weil der Anteil der Kinder und Jugendlichen abnimmt. Die Mehrbelastung der Erwerbstätigen wird im Jahr 2040 aber noch kleiner sein als zwanzig Prozent. Denn ein erwerbsloses Kind in Ausbildung kostet die Erwerbstätigen mehr als eine Person im Rentenalter.

Das Szenario, dass die Erwerbstätigen künftig für mehr Rentnerinnen und Rentner aufkommen müssen, verliert also viel von seinem Schrecken. Es bleibt allerdings die Frage, auf welche Art wir die Renten künftig sichern wollen. Leute im Rentenalter verfügen in der Schweiz insgesamt über einen grossen Reichtum. Diesen gilt es gerechter zu verteilen. In unserem Buch machen wir einen konkreten Vorschlag dazu.

Urs P. Gasche ist freier Wissenschaftsjournalist und Sachbuchautor mit Schwerpunkt Gesundheit, Umwelt, Konsumentenschutz und Marktversagen. Zehn Jahr lang leitete er die Fernsehsendung «Kassensturz».

Hanspeter Guggenbühl ist freier Journalist mit Schwerpunkt Umwelt-, Verkehrs-, Energie- und Wirtschaftspolitik. Er arbeitet für Schweizer Zeitungen und ist Mitautor von mehreren Sachbüchern.

Die Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen verhindert immer wieder ökologisch sinnvolle Regelungen und Massnahmen. Trotz der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko fand US-Präsident Obama keine Mehrheit für seine klimapolitischen Ziele, weil die Amerikaner fürchten, dass ein höherer Erdölpreis das Wachstum der US-Wirtschaft behindern und ihnen damit Arbeitsplätze wegnehmen könnte. Auch bei uns hört man immer wieder, dass die Wirtschaft wachsen müsse, um eine ausreichende Zahl von Arbeitsplätzen anbieten zu können. Im Gegensatz dazu vertrete ich die These: Nullwachstum ist mit Vollbeschäftigung verträglich. Die heute herrschende ökonomische Lehrmeinung behauptet zwar das Gegenteil, aber es gab in der Vergangenheit und gibt heute wieder ökonomische Theorien, die meine These unterstützen.

Voraussetzung dafür, dass eine Wirtschaft überhaupt wachsen kann, ist die Fähigkeit, einen Überschuss zu produzieren, d.h. sie muss mehr produzieren können als in den Produktionsprozess eingesetzt wird. Schon im Altertum und im Mittelalter hat die Wirtschaft vieler Länder Überschüsse hervorgebracht. Diese wurden jedoch beim Bau von Pyramiden, Tempeln, Kirchen und Schlössern sowie im Luxuskonsum der herrschenden Klassen verbraucht. Die Idee, den Überschuss nicht zu konsumieren, sondern systematisch in die Erweiterung des Produktionsvolumens zu investieren, kam erst in der Renaissance auf und erhielt durch den Calvinismus sogar religiöse Weihen. «Die Ermahnung zu beständiger fleissiger Arbeit, verbunden mit der Einschränkung

der Konsumtion und des Luxus, bewirkte eine Tendenz zu steigender Kapitalbildung, die ihrerseits wieder zu immer gesteigertem Umschlag nötigte.» (Ernst Troeltsch) Das erstarkende Bürgertum verschrub sich der Idee des Wachstums, während der Adel auf seinen Luxus nicht verzichten wollte und damit das Wachstum behinderte.

Der französische Arzt François Quesnay lernte bei seinen Patienten, die dem Hochadel angehörten, die Lebensweise dieser Klasse kennen. Im Alter widmete er sich ökonomischen Studien. Sein «Tableau économique», das auch von Marx sehr geschätzt wurde, ist ein Modell der Wirtschaft Frankreichs vor der Revolution von 1789. Es beschreibt die wechselseitige Abhängigkeit der beiden Wirtschaftszweige Landwirtschaft und Handwerk (Industrie). Zusammen verbrauchen diese jedes Jahr Nahrungsmittel, Rohstoffe und Handwerkerware im Wert von 5 Millionen Livres, aber sie produzieren damit Güter im Wert von 7 Millionen Livres. Der Überschuss von 2 Millionen Livres geht an den König und die adeligen Grundbesitzer, die nichts produzieren, aber von den Bauern Nahrungsmittel und von den Handwerkern Luxusgüter beziehen.

Diese Wirtschaft wächst nicht, weil der ganze Überschuss für den Konsum der unproduktiven Adeligen verwendet wird, aber alle Leute ausser den Adeligen haben Arbeit mehr als genug. Dies ist also ein historisches Modell einer Wirtschaft ohne Wachstum und mit Vollbeschäftigung. Wir wollen natürlich nicht das Rad der Geschichte zu-